

kurz&bündig



Die Chemie-Stiftung Sozialpartner-Akademie (CSSA) hat

Mitte September ihr erstes Kolloquium für Führungskräfte und Betriebsräte veranstaltet. Als gemeinsame Einrichtung der IG BCE und des Bundes-Arbeitgeberverbands Chemie (BAVC) soll die CSSA den „Wittenberg-Prozess“ vertiefen. In dem 2007 initiierten Prozess haben die Chemie-Sozialpartner gemeinsame Leitlinien für „verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft“ vereinbart.



Am 16. und 17. Oktober findet im Rahmen der Frankfurter Buchmesse ein Bildungskongress statt. GEW-Mitglieder, die am Kongress teilnehmen, erhalten als „Bildungsbonus“ eine Freikarte für den Besuch der Messe am 18. Oktober (Sonntag).



Anlässlich des Welttourismustags (27. September) hat sich der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg für einen nachhaltigen Tourismus ausgesprochen – auch mit fairer Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Branche.



Die GdP hat erstmals auf einer Tagung einen „bundesweiten Erfahrungsaustausch“ der Gleichstellungsbeauftragten in der Polizei mit rund 100 TeilnehmerInnen organisiert. GdP-Vorstand Elke Gündner-Ede sagte, die GdP wolle auch bei der Polizei für die Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) streiten.

ver.di

Gütesiegel für Call-Center

Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg fordert ein Gütesiegel für Call-Center, das die Vergabe von öffentlichen Fördergeldern an die Einhaltung von Qualitätskriterien knüpft. „Nur mit einem Gütesiegel kann man schlechte Arbeitsbedingungen und dem Nichteinhalten von gesetzlichen Bestimmungen Einhalt gebieten“, erklärt Jürgen Stahl vom Fachbereich Besondere Dienstleistungen des Landesbezirks. Dass das notwendig ist, belegen verschiedene aktuelle Studien. Eine Umfrage von ver.di ergab, dass in Berlin und Brandenburg – einer Boom-Region für Call-Center – eine sehr hohe Unzufriedenheit unter den Beschäftigten herrscht. Die Hauptgründe: schlechte Arbeitsbedingungen und wenig Geld. So verdienen laut „Schwarzbuch Billiglohn“ des DGB Berlin-Brandenburg die MitarbeiterInnen in Call-Centern im Schnitt zwischen 5,11 Euro und 6,14 Euro. Hinzu kommt laut DGB, dass viele Angestellte unter kurzfristig festgelegten Dienstplänen,

schlecht klimatisierten Großraumbüros und fehlenden Erholungszeiten am Arbeitsplatz leiden.

Alleine in Berlin arbeiten nach Angaben des Senats 22 000 Menschen in rund 170 Call-Centern. Dem ver.di-Vorstoß für die Region Berlin-

Brandenburg kommt deshalb eine besondere Rolle zu. Gerade in den neuen Bundesländern und Berlin sind in den vergangenen 20 Jahren viele Call-Center mit öffentlichen Geldern gefördert worden. •

www.einblick.dgb.de/links

Hans-Böckler-Stiftung

Stipendiaten ausgezeichnet

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat zum zweiten Mal nach 2008 einen Engagementpreis an fünf besonders aktive HBS-StipendiatInnen vergeben. HBS-Geschäftsführer Wolfgang Jäger betonte



Foto: Hans-Böckler-Stiftung

Die Preisträger (von links): Elke Oestreicher, Adriana Lettrari, Johannes Klenk, Katja Urbatsch und Markus Schupp

das besondere Engagement der PreisträgerInnen „für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern in Gewerkschaften, an der Hochschule, in politischen und sozialen Initiativen“. Diese Bandbreite zeigt sich auch in den Projekten der Ausgezeichneten: So organisierte Stipendiat Markus Schupp beispielsweise einen Solifonds für einen mittellosen ausländischen Mitstudenten, Elke Oestreicher engagierte sich in mehreren Lehrforschungsprojekten an der Hochschule, Katja Urbatsch initiierte das Internetportal arbeiterkind.de, das Kinder aus nichtakademischen Familien zum Studium ermutigt. Adriana Lettrari startete das Projekt „EU in Progress“, und Johannes Klenk wurde für sein Engagement in der stiftungseigenen Bildungsarbeit ausgezeichnet. •

www.einblick.dgb.de/links

Bündnis gegen Rechts

Landtag dabei

Der Bayerische Landtag wird Mitglied im bayerischen „Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“, das kündigte die Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) an. Sie stelle sich voll hinter die Ziele des Bündnisses, so Stamm: Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus bekämpfen und die Erziehung zu Demokratie und Achtung der Menschenwürde fördern. Das Bündnis gegen Rechts war 2005 unter Federführung des DGB gegründet worden. Anlass waren die jährlichen Aufmärsche von Nazis am Geburtsort des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess im bayerischen Wunsiedel,

gegen die die AktivistInnen des Bündnisses mobil machten. Heute unterstützen die Mitglieder unter anderem die Projektstelle gegen Rechtsextremismus in Bad Alexandersbad, vernetzen die Mitglieder

und stellen Kontakte zu Initiativen und Kommunen her. Neben dem DGB sind 25 weitere Institutionen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirchen im Bündnis organisiert. • www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Fachtagung

Arbeitsrecht in Bewegung

Das Arbeitsrecht verändert sich stetig – Entscheidungen der Arbeitsgerichtsbarkeit haben unmittelbaren Einfluss auf die aktuelle Rechtslage und die praktische Arbeit von betrieblichen Interessenvertretungen. Den Austausch von JuristInnen mit Betriebs- und Personalräten will „Arbeit und Leben e.V.“

deshalb auch in diesem Jahr mit der Fachkonferenz „Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr“ fördern. Im Fokus stehen am 4. November in Essen die Themenbereiche Betriebsübergang, Sozialplangestaltung, fristlose Kündigungen bei geringwertigen Vermögensdelikten (wie beim „Fall Emily“) sowie neue rechtliche Aspekte zur betrieblichen Mitbestimmung. Zu den ReferentInnen gehören Rechtsanwältinnen, Richter und Direktoren von Arbeitsgerichten. •

Infos und Anmeldung: www.aulnrv.de